

Zur politischen Lage nach dem Workshop der CDU zur FLÜCHTLINGSPOLITIK und nach der SOZIALSTAATS-Beratung der SPD, beide am Wochenende 12./13. 2.

Bereits zur Wahl der neuen CDU-Vorsitzenden Annegret Kamp-Karrenbauer mit äußerst knapper Mehrheit gegen die **noch konservativeren Anhänger von Friedrich März und Gesundheitsminister Spahn** war klar, dass die Vorsitzende, die bei ihrer Selbst-Nominierung sich noch den sozialen Traditionen des ehem. Generalsekretärs der CDU Heiner Geisler verpflichtet fühlte, ihre Stellung nur halten kann, **wenn sie in der konservativen CDU auch den rechten konservativeren Flügel bedient**. Das geschah in diesem work-shop, zu dem die Hauptperson der in der Partei umstrittenen Flüchtlingspolitik von 2015-16, die Bundeskanzlerin nicht eingeladen war. Die neue Vorsitzende kam dem **rechten Parteiflügel so stark entgegen, dass sie eine Schließung der deutschen Grenzen bei einem neuen starken Flüchtlingszustrom nicht ausschloss**.

Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles machte deutlich, dass die von den Spitzengremien der Partei beschlossenen **Sozialstaatsgrundsätze**, zu denen vor allem die **Aufhebung der HARTZ IV Gesetze** gehören,

- 1. mit der CDU/CSU nicht zu verwirklichen seien**, dass die SPD in der GRO-KO mit CDU/CSU jedoch
2. versuchen will, Teile davon, die auch im **Koalitionsvertrag vereinbart worden seien, noch in dieser Regierung umzusetzen**. Dass die in diesem Vertrag festgeschriebene HALBZEITBILANZ im Spätherbst 2019 eine Entscheidung der SPD bringen soll, **ob die Koalition beendet oder bis 2021 zur Neuwahl des Bundestages fortgesetzt wird**, berührte sie und auch andere Spitzenpolitiker nicht.

Die Logik von Punkt 1 schließt eine Fortsetzung der GRO-KO nach 2021 auf jeden Fall aus. Völlig offen ist, ob die Wählerinnen 2021 beiden Parteien genug Stimmen geben, diese Regierung fortzusetzen, zumal genug Führungspersonen der CDU Widerstand gegen die von der SPD beschlossene Politik anmeldeten. Die Gleichzeitigkeit der Termine beider Tagungen führte **auf SPD-Seite dazu, dass sich bisher weder linker Parteiflügel, noch Jusos von der rechtsradikalen, antihumanitären Äußerung der CDU-Vorsitzenden distanzieren**. Ob die CDU damit rechte CDU-Wählerinnen von der AfD zurückholt, zeigt sich bei der EU-Wahl im Mai. Bei den Wahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen wird das kaum verfangen. **Und ob zur CDU/CSU und AfD abgewanderte Wähler der SPD zurück kehren?** Eher dürften zu den LINKEN oder GRÜNEN neigende SPD-Anhänger dies wahrnehmen, wenn die SPD weiter zum Super-Rechtsdrall der CDU-Chefin schweigt. Beide Regierungsparteien haben keine Mehrheit mehr! Bayern- und Hessenwahl zeigten es! Umfragen spielten sich auf die neuen realen Verhältnisse ein: Die CDU verliert 2,7%, die SPD 4,5% gegenüber 2017. In Umfragen erreichen beide zusammen 46%!

Anders sieht es bei einer Minderheitsregierung von SPD, LINKEN, GRÜNEN aus, die seit Wochen stabil bei 45%, genau 45,3% liegen. Selbst wenn es Gegenkandidaten gibt, wählt die AfD keine Kanzlerin/Kanzler von CDU/CSU und selbst mit der FDP die konstant bei 7-8% liegt, würde kein CDU/CSU Kandidat mehr als ca. 38% erhalten.

Die Entscheidung liegt bei der SPD! Eine vierte Koalition mit der immer rechteren CDU, die immer mehr auf Kurs der rechteren AfD geht, erstickt die SPD politisch.

Gegen eine Mitte-Links Minderheitsregierung gibt es nach Art. 63. 4. des Grundgesetzes **keine aussichtsreiche Gegenkandidatur**. „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“ **Diese drei Parteien müssen sich nur einigen - oder sich ins politische Abseits stellen!**